

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

UMBAWIKO macht Gegenvorschlag zum Auftrag Heinz Glauser (SP, Olten) betreffend GAV-Einhaltung im öffentlichen Submissionswesen

Solothurn, 7. Februar 2011 – Die kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission befasste sich nochmals mit dem vom Kantonsrat an der letzten Session an die Kommission zurückgewiesenen parlamentarischen Auftrag von Heinz Glauser (SP, Olten) bezüglich Einhaltung der GAV-Bestimmungen bei öffentlichen Submissionen. Sie begrüsst mehrheitlich die Forderung, dass künftig öffentliche Aufträge nur noch an jene Anbieter vergeben werden, bei denen die Einhaltung des GAV durch die zuständige Paritätische Kommission bestätigt wird.

Die UMBAWIKO liess sich unter der Leitung ihres Präsidenten Markus Grütter (FDP, Biberist) davon überzeugen, dass es sich bei der Einholung einer solchen Bestätigung bei der zuständigen Paritätischen Kommission um keinen grossen bürokratischen Aufwand für die Firmen handelt. Die Mehrheit der Kommission war jedoch der Meinung, dass es dafür keine Gesetzes- resp. Verordnungsänderung braucht wie dies der Auftrag von Heinz Glauser verlangt. Sie stimmte deshalb mehrheitlich dem Antrag des Kommissionspräsidenten zu, dass in Zukunft Bestätigungen über die Einhaltung der GAV's von der zuständigen Paritätischen Kommission analog den anderen Bestätigungen (Sozialversicherungen, Steuern etc.) einzufordern sind. Dies bringt den Vorteil, dass für alle Anbieter die gleichen Voraussetzungen gelten und Verstösse gegen Lohn-

dumping wirksam bekämpft werden können. Der Auftrag wird voraussichtlich in der Märzsession vom Kantonsrat behandelt werden.

Ferner behandelte die Kommission zwei parlamentarische Aufträge, welche fordern, dass die bestehende Baugesetzgebung auf mögliche Vereinfachungen anzupassen sei. Beim Auftrag der Fraktion FDP. Die Liberalen betreffend Ausnützungsbonus für Bauten in Minergie- und Minergie-P-Standard folgte die UMBAWIKO einstimmig dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung. Dieser sieht vor, dass die notwendigen Änderungen auf Gesetzes- und/oder Verordnungstufe in Angriff genommen werden, damit Gebäuden, welche die Anforderungen an den Minergie- und Minergie-P-Standard erfüllen, als Anreiz ein angemessener Ausnützungsbonus gewährt wird.

Beim Auftrag von Felix Lang (Grüne, Stüsslingen), welcher verlangt, dass Energie-, Baulandeffizienz und Biodiversität gefördert anstatt beschränkt werden sollen stimmte die Kommission mehrheitlich dem geänderten Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung zu. Die Baugesetzgebung soll im Hinblick auf die Förderung der Energie- und Baulandeffizienz sowie der Biodiversität überprüft werden. Dabei sollen vor allem die Nutzungsziffern geändert und möglichst vereinfacht werden.